Nr. 302 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 11. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 22 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 61 mm breit, 4.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei ... oder Ausfall 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstaben anzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13638, 13892 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Die gelöste Krise

† Berlin, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die langwierigen Wünsche der Beamten auf Erhöhung der Gehälter und sonstigen Bezüge sind bei den Verhandlungen im Hauptausschuß und im Plenum des Reichstages zur Sprache gekommen. Es hat sich dabei ein wenig erquickliche Bild ergeben, daß die Regierungsvorschläge von den extremen Parteien überboten wurden, und daß sich die Parteien untereinander in ihrer Beamtenfürsorge den Rang abzulaufen versuchten. Ursprünglich ging der Hauptstoß davon aus, daß eine Einigung über die Steuervorlage und die Zwangsanleihe nicht zu erzielen war. Verschlimmert wurde die Lage noch durch die parallele Streikdrohung der Postbeamten und die Drohung der Essener Bahnbeamtenleitung, jede Verantwortung abzulehnen, wenn ihnen nicht die verlangten Vorschüsse bewilligt würden. Um zu einer Einigung zu kommen, hat nun die Regierung einen Kompromißvorschlag eingebracht, der sich darauf beschränkte, die Kinderzuschläge zu erhöhen. Die auf dieser Grundlage erfolgte Einigung ist im Ausschuß geschehen, trotzdem der Finanzminister erklärte, den Beamten durch Auszahlungen auf das Gehalt noch vor Weihnachten entgegenzukommen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierung mit ihren Vorschlägen bis an die Grenze des Möglichen gegangen war. So herzlich gern man gewillt bereit war, der Notlage der Beamten Rechnung zu tragen, so gab es eben doch gewisse Grenzen, die eine verantwortungsvolle Regierung nicht überschreiten durfte. Soweit die Vorgeschichte der Beamtenbesoldungskrise.

Glücklicherweise ist durch das verständige Verhalten der Oppositionsparteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten eine Regierungskrisis vermieden worden. Die Deutschnationalen sowohl wie die Mehrheitssozialisten haben schließlich einsehen müssen, daß ein Rücktritt der Regierung eine unhaltbare Lage geschaffen hätte. Die Haltung mehrerer Parteien waren sich im Grunde darüber einig, daß die Regierungsvorschläge die Not der Beamtenschaft in unzureichender Weise lindere, und daß die Erhöhung der Kinderzulagen doch nur als Abschlagszahlung betrachtet werden dürfe. Was aber von seiten außerhalb des Regierungsblocks stehenden Parteien an Einzelheiten vorgebracht wurde, um die Unzulänglichkeit der Wirthschen Vorlage zu beweisen, hat zum in erster Linie nur parteitaktischen Zwecken dienen sollen. Gewiß müssen nach Möglichkeit Wahlversprechungen eingelöst werden. Diese müssen aber nicht um jeden Preis geltend gemacht werden, d. h. wenn die Folgen zum Schaden für die Volksgesamtheit ausschlagen. Mit Recht hob der demokratische Abgeordnete Delius hervor, daß man ohne Bedenken sogar den Forderungen der Unabhängigen zustimmen könnte, wenn das Reich ein wenig stärker Staat wäre. Man muß dem Redner auch beipflichten, wenn er die Forderungen der Deutschnationalen auf sofortige Gewährung einer Hundertprozentigen Anlage und der Unabhängigen auf Zahlung einer Teuerungszulage von 10 000 M. bei Berücksichtigung der Finanzlage lediglich als Stimmenmache bezeichnete.

Wenn im Reichstag schließlich auch die Regierungsvorlage in der Ausschußfassung, nach mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 je nach der Gehaltsklasse 125, 100 und 75 Proz. Teuerungszuschläge zu den Kinderzulagen gezahlt werden sollen, mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Mehrheitssozialisten angenommen wurde, so bedeutet das zwar eine Lösung der Krise. Es ist aber noch nicht die Lösung, denn wenn sich die Drohung eines unabhängigen Abgeordneten, wonach der Generalstreik ausbrechen soll, wenn den Beamten nicht in den nächsten Tagen geholfen wird, bewahrheitet, so kann der Erfolg der jetzt gefundenen Lösung in Frage gestellt werden, weil ein Generalstreik die schon ohnehin arg geschwächte wirtschaftliche Kraft des Reiches so sehr in Mitleidenschaft ziehen könnte, daß man, abgesehen von der Unmöglichkeit, die Beamtengehälter in großzügiger Weise neu zu regeln, selbst die Durchführung der jetzt angenommenen Regierungsvorlage illusorisch machen würde.

•

Appell an die Einsicht der Beamten

Die Berliner Morgenblätter appellieren an die Einsicht der Beamten, daß sie es bei der Stellungnahme zu der vom Reichstage bewilligten Regierungsvorlage nicht zum äußersten kommen lassen möchten. Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt: Was den Beamten jetzt bewilligt wurde, sei tatsächlich das Höchstmaß dessen, was bei der heutigen Finanzlage überhaupt bewilligt werden können. — Das „B. T." gibt die große Notlage der Beamten zu, hebt aber hervor, daß die katastrophale Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten es verbiete, mehr zu geben, als nun beschlossen wurde. — Der „Vorwärts" meint, ein Streik der Beamten dem schwerkranken deutschen Wirtschaftsleben den Todesstoß versetzen würde. — Wie der „Lokalanzeiger" mitteilt, tritt der deutsche Beamtenbund heute zu einer Sitzung zusammen, um zur Annahme der Regierungsvorlage im Reichstage Stellung zu nehmen.

•

Sicherheitspolizei und Beamtenstreik

Berlin, 10. Dezember. In den Kreisen der Sicherheitspolizei hat man sich mit der gegenwärtigen Beamtenbewegung und dem Vorgehen des Deutschen Beamtenbundes beschäftigt. Auch die Polizeibeamten, die dem Deutschen Beamtenbund angehören, stehen auf dem Standpunkt, daß bei Beschlüssen unter den Beamtenkategorien Solidarität herrschen muß. Die Sicherheitspolizei glaubt es auch nicht mit ihren Pflichten gegenüber der Allgemeinheit vereinbaren zu können, wenn sie, falls es zu Arbeitseinstellungen kommen sollte, den Streik der Beamten mit eintreten würde. Die Stimmung in den führenden Kreisen der Sicherheitsbeamten geht vielmehr dahin, daß der öffentliche Ordnungsdienst aufrechterhalten werden muß. Auch der innere Dienst, soweit er im Interesse der Oeffentlichkeit steht, soll weiter versehen werden. Dagegen würden die Sicherheitsbeamten es bestimmt ablehnen, irgendeine Streikarbeit zu übernehmen. Sehr kritisch würde die Lage allerdings werden, wenn von Beamten der Sicherheitspolizei bei einer Zuspitzung der Lage Verhaftungen von Streikführern verlangt werden sollten. Ob die Sicherheitsbeamten in diesem Falle derartigen Anordnungen nachkommen würden, wird als zweifelhaft betrachtet.

•

Eisenbahner und Streiks

zg. Berlin, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Betriebsversammlungen in den Berliner Eisenbahnwerkstätten bezeichneten die Zugeständnisse des Verkehrsministeriums als ungenügend. Alle Redner sprachen sich für die Streikbereitschaft der deutschen Eisenbahner aus.

Die französische Rheinlandpolitik

„Friedliche Durchdringung"

Von unserm eh.-Mitarbeiter

Paris, 10. Dezember

Ueber die Regierungsvorschläge, in dem von französischen Truppen besetzten deutschen Gebieten Neubauten errichten zu lassen, ist in der französischen Finanzkommission des Senates ein Streit entbrannt. Bekanntlich stellte der Kriegsminister Lefèbre den Antrag, für die Besetzungstruppen eine Reihe neuer Lagerplätze zu schaffen; die Kosten beziffern sich auf rund 15 Millionen Franken. Der Finanzausschuß des Senates steht dieser Forderung geneigt gegenüber. Die Opposition erhebt sich dagegen hinsichtlich der „diplomatischen und konsulären Niederlassungen", die von dem Ministerpräsidenten Leygues verlangt werden.

Mainz soll die Zentrale des französischen Einflusses im Rheingebiet werden

Die französische Regierung will dort nicht allein Fachschulen organisieren, sondern auch ein Handelsamt errichten, das Zweigstellen in allen Plätzen des besetzten Gebietes erhalten soll. Diese Stellen sollen von besonders geschulten Konsulatsbeamten geleitet werden; im Hintergrunde dieser Organisation werden kulturelle Einrichtungen „im französischen Geiste" entstehen.

Der gesamte Plan stammt von Poincaré, der als Senator die Politik Frankreichs im Rheingebiete verteidigt und in der Finanzkommission eine maßgebende Rolle spielt. Poincaré vertritt die merkwürdige Ansicht, daß durch die Eindringung Frankreichs im Rheingebiet die „Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich am besten in die Wege geleitet wird".

Eine schroffe Haltung gegenüber den gewaltigen Ausgaben, die aus dieser „Aussöhnungspolitik" entstehen, zeigen die radikal-sozialen Senatoren der Finanzkommission. Sie lehnen die Anträge nicht in toto ab, sondern verlangen eine Regierungserklärung über die gesamte Rheinuferpolitik. Wenn die heutige Regierung so hohe Kosten für die

„Organisierung des französischen Einflusses links vom Rhein"

beantrage, so sei es — nach Meinung der Opposition — selbstverständlich, daß einmal die Frage als Ganzes angeschnitten werde, denn die Finanzlage Frankreichs gestatte es nicht, Geld für eine abenteuerliche Sache auszugeben. Ueberdies müßten auch Riesensummen für die Durchdringung Syriens, Nordpalästinas und des Libanons gesperrt werden. Besonders die alten Anhänger Clemenceaus richten ihre Angriffe auf die von Poincaré und Millerand beeinflußte Regierung. Sie vertreten den Standpunkt, daß der Versailler Vertrag auf seiten Frankreichs strikte eingehalten werden müsse.

Die Diskussion der Kostenfrage dürfte noch einige Wochen in Anspruch nehmen.

•

Die schwarze Schmach

Im württembergischen Landtage begründete Frl. Planck (Dem.) eine Anfrage betr. die schwarze Schmach in den besetzten Gebieten und erhob schärfste Anklagen gegen die französische Regierung wegen der grausamen Behandlung der Deutschen. Staatspräsident Hieber legte die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen dar. Hoffentlich werde der Druck der öffentlichen Meinung fast der ganzen Welt die französische Regierung zur Zurückziehung der farbigen Truppen veranlassen.

•

Italiens Forderung

Zürich, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Corriere della Sera" meldet: Die italienische Delegation für Brüssel reist kommenden Sonntag ab. Der römische Ministerrat hat seine Schadenersatzansprüche an Deutschland mit 18 Milliarden Lire festgesetzt.

•

Deutscher Wahlerfolg

× Marienwerder, 10. Dezember. Bei den am 28. November erfolgten Gemeindewahlen im Kreis Stuhm (Westpreußen) haben 10 901 Wahlberechtigte gewählt. Davon haben 21,64 v. H. für polnische Kandidaten gestimmt. Bei der Volksabstimmung im Juli d. J. hatten von den im Kreise Stuhm ansässigen Wählern etwas mehr als 30 v. H. sich für Polen entschieden. Daraus ergibt sich, daß innerhalb einer Frist von 4½ Monaten die polnischen Stimmen im Kreise Stuhm um rund ein Drittel ihres Bestandes zurückgegangen sind.

König Konstantin verzichtet nicht

Genf, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet aus Athen: Hier wird bekannt, daß König Konstantin einen Verzicht auf die Regierungsübernahme abgelehnt hat. Das königliche Schloß wird für die Rückkehr des Königs und seiner Familie instand gesetzt. „Secolo" meldet aus Athen: Die Regierung gibt das Schlußergebnis der Volksabstimmung bekannt. 569 000 Stimmzettel lauten für die Rückkehr König Konstantins, 39 614 dagegen. Die Wahlenthaltung hat 10 Proz. nicht überschritten.

Neue Kriegsgefahr im Osten

Rotterdam, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Riga: Trotzki ist am Montag an die polnische Front gereist. Der Moskauer Sowjet hat einen Aufruf an die Rote Armee erlassen, den die „Pravda" veröffentlicht, und der zum großen Entscheidungskampfe für die Befreiung des mitteleuropäischen Proletariats aufruft.

•

Ausländisches Kapital für Rußland

⊡ Moskau, 10. Dezember. Lenin äußerte sich auf einer Konferenz von Parteigenossen über die Frage der Konzessionen an ausländische Kapitalistengruppen folgendermaßen: Die Sozialisten erblicken in der Gewährung von Konzessionen einen Bankrott des Kommunismus. Wenn das ausländische Kapital sich um Konzessionen bei uns bewirbt, so ist das aber nur ein Beweis dafür, daß die Bourgeoisie unsre Unbesiegbarkeit anerkannt hat. Die Weltrevolution, auf die wir gerechnet hatten, läßt zwar noch auf sich warten, aber man hat uns auch nicht besiegen können. Vorläufig bietet uns das bürgerliche Kapital noch Vorteile. Der amerikanische Milliardär hat gesagt, daß Amerika Kamtschatka zu kaufen wünsche und hat dabei durchblicken lassen, daß dies deswegen geschehe, um eine Kriegsbasis gegen Japan zu haben. Die Gewährung der Konzessionen bedeutet keinen Frieden. Sie bedeutet vielmehr den Krieg in andrer Form. Wenn die Kapitalisten den Versuch machen sollten, uns zu betrügen und unsre Gesetze zu umgehen, so haben wir für diesen Fall unsre außerordentlichen Kommissionen zur Bekämpfung der Gegenrevolution und Spekulation mit ihren Gouvernementszweigstellen, die ihre Maßregeln zu treffen wissen werden. Im Falle eines Krieges verbleibt uns das Eigentum der Ausländer. Die Revolution geht in Zickzacklinie vor sich. Wir haben nicht die Absicht, uns auf die Kriegsgewalt allein zu beschränken, um die Bourgeoisie zu besiegen.

Von der russischen kommunistischen Partei

O. E. Helsingfors, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

In einer von der „Krasnaja Gaseta" wiedergegebenen Aeußerung des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates Rykow gibt dieser zu, daß in der Arbeiterschaft Unzufriedenheit mit der Sowjetregierung herrscht, und bezeichnet den Hunger als die Ursache dieser Mißstimmung. Tatsächlich sind auf vielen großen Fabriken keine Kommunisten mehr vorhanden. Wie die Petersburger „Pravda" und „Krasnaja Gaseta" mitteilen, sind bei den Wahlen in die Arbeiter- und Bauerninspektion in Petersburg bisher 38 Parteilose und 20 Kommunisten gewählt. Somit scheinen bei dieser wichtigen Wahl die Kommunisten, trotz der üblichen Vorkehrungen, in die Minderheit gedrängt zu werden. Denn unter dem Sammelnamen der „Parteilosen" verbergen sich seit Langem die mit dem Kommunismus unzufriedenen Elemente der Arbeiterschaft.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Sowjetpresse verschiedene mit dem bevorstehenden allrussischen Rätekongreß zusammenhängende Fragen besonders lebhaft erörtert. Es wiederholt sich dabei die herbe Kritik an der kommunistischen Partei und dem Obersten Volkswirtschaftsrat. Die wirtschaftlichen Fragen treten besonders hervor, und es wird die Notwendigkeit eines einheitlichen Wirtschaftsplanes immer wieder betont. Trotzki bespricht aufs neue in der „Krasnaja Gaseta" und der „Ekonomitscheskaja Shisn" die Schädlichkeit der von ihm „Zentrokratie" getauften Willkürherrschaft der zahlreichen wirtschaftlichen Zentralstellen und dringt darauf, daß die Direktiven des Arbeits- und Verteidigungsrates allein entscheidend sein müssen. Rykow hält die Schaffung eines einheitlichen Planes für unmöglich, solange es undurchführbar ist, die 80 Prozent betragende bäuerliche Bevölkerung einer staatlichen Regulierung zu unterwerfen.

Die „Krasnaja Gaseta" teilt Einzelheiten über die Moskauer Bezirkskonferenz der kommunistischen Partei mit und berichtet unter Bezugnahme auf Aeußerungen Rykows über heftige Meinungsverschiedenheiten unter den Kommunisten. Die einander befehdenden Gruppen hätten in getrennten Zimmern getagt; jede Gruppe hätte die Verantwortung für die Beschlüsse der andern Gruppe abgelehnt.

•

Gegen Moskau

zg. Berlin, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die aktiven Betriebsräte der Berliner Metallindustrie haben sich in einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung gegen Verhandlungen mit Moskau und gegen den Anschluß an die radikale russische Arbeiterbewegung ausgesprochen.

Der Kampf um das Prager Volkshaus

× Prag, 10. Dezember. Polizei und Gendarmerie besetzten in den Abendstunden die Umgebung des Volkshauses und räumten es. Die Druckerei wurde den rechtmäßigen Besitzern der tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Partei (Rechte) zurückgegeben. Die Druckerei des Betriebes bleibt bis zum Eintritt ruhiger Verhältnisse von der Polizei besetzt. Bei der Räumung wurde die Gendarmerie von der im Hofraum angesammelten Menge mit Ziegeln, Gläsern und andern Gegenständen beworfen. Am Ausgange des Volkshauses waren Barrikaden aus Fässern und Handwagen errichtet worden.

Die Kriegskosten Nordamerikas

Einer Reuter-Meldung aus Washington zufolge gibt der amerikanische Finanzsekretär bekannt, daß die Nettokosten des Krieges für die Regierung der Vereinigten Staaten 24 10 000 000 Dollar betragen haben. Dieser Betrag umfaße die Ausgaben des Schatzamtes ohne die Unkosten, die nicht aus der tatsächlichen Kriegführung entstanden seien.

Die Zwangsanleihe

Von Dr. Willy Prion,

Ord. Professor an der Universität Köln

Endlich ist das Wort gefallen, das im weiteren Verlauf der finanzpolitischen Erörterungen in Deutschland eine große Rolle spielen wird. Und es ist kein Zufall, daß gerade der Reichsbankpräsident es ist, der das Wort: Zwangsanleihe in die Diskussion geworfen hat. Merkwürdig, aber wohl verständlich, bleibt ferner der Umstand, daß selbst im Haushaltsausschuß des Reichstages nicht der Reichsminister, sondern der Reichsbankpräsident den Vorschlag der Erhebung einer Zwangsanleihe vorgetragen hat. Denn die Reichsbank ist es ja, die der Reichsfinanzverwaltung die Beschaffung der Mittel für die gewaltigen Ausgaben möglich macht, bzw. vermittelt. Indem das Reich Milliarden auf Milliarden Reichsschatzanweisungen bei der Reichsbank diskontiert, wechselt die Reichsbank diese aus dem Nichts geschaffenen Schuldversprechen des Reiches in Geld, d. h. in Noten- und Giroguthaben, denn die Reichsbank ist die Fabrik für künstliche Kaufkraft geworden, die, vom Bedarf des Reiches ausgehend, in immer neuen Milliarden in die Volkswirtschaft einströmt. Wie diese zusätzliche Kaufkraft hier die Preise revolutioniert, das Geldwesen zerrüttet und die Geltungskraft der deutschen Mark im Inland und Ausland entwertet, in gleicher Weise drohen die Grundlagen der Reichsbank in Trümmer zu gehen. Die Reichsbank gibt für die ihr eingelieferten Reichsschatzanweisungen eigene Noten aus; sie ist verpflichtet, jederzeit die von ihr weitergegebenen Reichsschatzanweisungen mit ihren Noten zurückzukaufen bzw. einzulösen. Im Bestande der Reichsbank ruhen 50 Milliarden Mark Reichsschatzanweisungen, der Notenumlauf beträgt 60 Milliarden Mark und zur Einlösung können weitere 80 Milliarden Mark Reichsschatzanweisungen vorgelegt werden, die sich im Umlauf, d. h. außerhalb der Reichsbank, befinden. Bei einem Goldbestand von etwa 1 Milliarde Mark (der allerdings in Papiermark fast das fünfzehnfache wert ist) und einem Wechsel- und Devisenbestande, der nicht an diese Summe heranreicht, ist nur eine schmale Deckung für die Noten der Reichsbank gegeben. So ist die Reichsbank das erste und unmittelbare Opfer der Finanzpolitik des Reiches geworden. Der Kredit der Reichsbank droht vor der gewaltigen Wucht der Verpflichtungen dahinzuschmelzen, wie es mit dem Kredit des Reiches bereits geschehen ist. Und obwohl zwei Jahre nach dem Waffenstillstand verflossen sind, ist von einem Stillstand in der unheimlich anwachsenden Geldfabrikation noch nichts zu spüren; täglich melden uns die Ausweise eine Vermehrung der schwebenden Schulden.

So ist es zu verstehen, wenn der Reichsbankpräsident, der es als seine Pflicht angesehen hat, dem Reiche in seinen schweren Nöten zu helfen, anfängt, an sich selbst, an die Reichsbank und ihre volkswirtschaftliche Aufgabe zu denken. Es ist in der Tat die allerhöchste Zeit, daß etwas geschieht, wenn nicht die Reichsbank vor die Hunde gehen soll. Und es müssen wohl ernste Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister vorausgegangen sein, bis der Reichsbankpräsident dahin ging, den Vorschlag einer Zwangsanleihe zu wagen. Der Grundgedanke ist einfach: es sollen dem Reiche auf dem Wege der Zwangsanleihe Mittel zugeführt werden, die entweder zur Abtragung der schwebenden Schulden oder zur Einstellung der Schuldvermehrung dienen sollen. Aber, so wird man fragen, führt das Mittel der Zwangsanleihe zu einem Erfolg, und ist dieses Mittel im Augenblick auch anwendbar?

Der große Nachteil der Zwangsanleihe — der die Zwangsanleihe der früheren Zeiten in Mißkredit gebracht hat —, nämlich die schematische Belastung der verschiedenen Arten von Vermögen (Grundstücke, Betriebe, Kapitalvermögen), kann durch die moderne Veranlagungstechnik, die auf die Natur und Zweckbestimmung der Vermögen Rücksicht nimmt, weitgehend behoben werden. Trotzdem bleibt die Zwangsanleihe — wie in allen Zeiten — ein sehr ungerecht wirkendes Zwangsmittel, indem durch diese Zwangsanleihe gerade diejenigen Vermögen nicht getroffen werden, die eine solche Maßnahme am allerehesten vertragen können: die der Steuerveranlagung entrückten Vermögen, das gehamsterte Papiergeld, die ins Ausland geflüchteten Marknoten und Wertpapiere. Unter den obwaltenden Verhältnissen ist es so, daß die unter der Wucht der rigorosen Steuergesetze fast zusammenbrechenden Vermögen und Einkommen nun auch noch mit der Zwangsanleihe getroffen werden, während die dem Steuerfiskus vorenthaltenen Vermögen, die meist aus liquiden Mitteln bestehen, einer Zwangsanleihe spotten. Und diese flüssigen Mittel sind die allergefährlichsten Feinde der Preise; sie sind leicht auszugeben, vor allem für Konsumzwecke, weil sie bei einer Verwendung als Kapitalanlage in den Steuerfiskus treten. Es ist ein tragisches Schicksal der öffentlichen Finanzen: wenn die Erhebung einer Zwangsanleihe am dringlichsten erscheint, liegen die Vorbedingungen für eine gerechte Durchführung dieses Zwangsmittels gewöhnlich am ungünstigsten ...

Es kommt hinzu, daß im Augenblick der Kapitalbedarf der privaten Unternehmungen, ja der Betriebe überhaupt, ein ungeheuer starker ist. Die Geldentwertung zwingt die Betriebe, lediglich zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit fortgesetzt neues Papiermarkkapital aufzunehmen. Durch Kapitalerhöhungen und Obligationenausgabe werden dem Kapitalmarkt große Mengen Leihkapital entzogen. Nun ist es richtig, daß auch der Staatskredit ein Recht auf

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201211/1